

Pollmanns, Marion

Schlaglichter politischer Bildung 1964 und 1997. Zu Wandel und Kontinuität der Bemühungen um Identifikation

Pädagogische Korrespondenz (2001) 27, S. 45-57



Quellenangabe/ Reference:

Pollmanns, Marion: Schlaglichter politischer Bildung 1964 und 1997. Zu Wandel und Kontinuität der Bemühungen um Identifikation - In: *Pädagogische Korrespondenz* (2001) 27, S. 45-57 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-77591 - DOI: 10.25656/01:7759

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-77591>

<https://doi.org/10.25656/01:7759>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, veröffentlichen oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Diskussion

- 5 **Martin Heinrich**
Was heißt hier eigentlich »Widerspruch«?
*Zur Kategorie des Widerspruchs in den Kältestudien –
eine Replik auf Heinz-Elmar Tenorths jüngste Kritik*
- 31 **Wandel von Schule I**
Wolfgang Denecke
Ein heißer Strahl und erkaltete Wände
Vom Umgang der Schule mit lebenden Kulturen
- 45 **Wandel von Schule II**
Marion Pollmanns
Schlaglichter politischer Bildung 1964 und 1997
Zu Wandel und Kontinuität der Bemühungen um Identifikation
- 58 **Wandel von Schule III**
Andreas Gruschka
Ordnung muss sein!
Wie verändert sich die Erziehungsfunktion der Schule?
- 74 **Kältestudie**
Karin Kersting
Vom Ausbrennen und Kaltwerden
- 94 **Aus den Medien**
Martin Heinrich
Wie die Bildungspolitik das Zweifeln lehrt

Marion Pollmanns

Schlaglichter politischer Bildung 1964 und 1997

Zu Wandel und Kontinuität der Bemühungen um Identifikation

I

DAS BILD DES POLITIKERS ALS MEDIUM POLITISCHER BILDUNG

Man kennt die Gattin des Kanzlers, weiß, wie sie sich trafen, vielleicht sogar welche Zigarre er bei ihren Abenden zu zweit genießt. Augenscheinlich besteht ein Interesse an der Person von Politikern, gegen das sie einerseits ihre Privatsphäre zu verteidigen suchen, das sie andererseits aber durch erlaubte Einblicke befriedigen. Diese öffentliche Teilhabe an den Privatpersonen als nebensächlich abzutun, fällt schwer angesichts der Bereitwilligkeit, mit der Politiker wie Journalisten die Hauptsache Politik scheinbar in den Hintergrund drängen. Im Interesse, diese Hauptsache vor dem Ausverkauf durch die Tendenz zur Personalisierung zu schützen, wird diese als massenmedialer Auswuchs kritisiert, mit dem Politiker heutzutage konfrontiert werden. Konfrontiert, weil ihre eigentliche Aufgabe anders definiert sei: Als Akteure im politischen Geschäft vertreten sie bestimmte Meinungen, die sie im Widerstreit gegen andere Interessen verteidigen müssen. Diese Vorstellung von Politik vorausgesetzt, interessieren an einem Politiker primär seine politische Meinung und vielleicht noch seine Fähigkeit, diese Meinung in Konflikten durchzusetzen. Wenn im Sinne dieses Interesses an der politischen Position dann allerdings versucht wird, diese mittels Listen ehemaliger Frühstücksgäste auszumachen, verselbständigt sich die Investigation. Dann wird, in durch und durch politischer Absicht, von tatsächlich irrelevanten und längst verjährten Daten auf politische Überzeugungen geschlossen. Im Unterschied zu Fragen wie der nach der bevorzugten Zigarrensorte, die immer schon jenseits des Politischen ansetzen, politisiert diese Form des Interesses an der Person Unpolitisches.

Abseits der massenmedialen Vermittlung, etwa in Schulbüchern, ließe sich ein sachlicher Umgang mit Politikern erwarten, etwa in der Hoffnung auf eine medienpädagogisch-aufgeklärte Didaktik, die die Schülerinnen und Schüler gerade auf die Ent- wie auf die Politisierung der Politik durch die Massenmedien aufmerksam machen will. Geschehen könnte dies bspw. dadurch, dass das politische Wirken der Politiker benannt würde; das schlosse ein, ihr Handeln im Zusammenhang mit dem anderer politischer Interessenvertreter darzustellen. Es ginge dabei immer um Entscheidungen und um Politiker als Kämpfer für eine bestimmte Sache, nicht um die Person als Person oder um nur vermeintlich Politisches. Ob die Wirklichkeit der Schulbücher diese Erwartung einlöst, soll im Folgenden anhand zweier Ausrisse aus Schulbüchern für den Politikunterricht stichprobenartig untersucht werden. Die Ana-

lyse versucht, das Bild des Politikers, das dort vermittelt wird, zu rekonstruieren. Damit geht es auch um das jeweils zu Grunde liegende Politikverständnis, denn auch Unterrichtsmaterialien, die sich nicht mit herrschenden Interessenkonflikten und der Art ihrer Bearbeitung befassen, sind »politisch«; ebenso wie in entpolitisierenden bzw. politisierenden Darstellungen von Politikern schlagen sich in der didaktischen Vermittlung immer bestimmte Interessen nieder. In der Absicht, durch diese Fallstudien einem Wandel des unterrichtlich vermittelten Politikverständnisses auf die Spur zu kommen, liegen die Dokumente zeitlich recht weit auseinander: Das erste stammt von 1964, das zweite von 1997.

II HELDEN DER ARBEIT

WALTER KOLB

Oberbürgermeister
der Stadt Frankfurt
in zehn Jahren des Aufbaus,
gestorben im Alter von 54 Jahren,
von schwerer Krankheit gezeichnet,

VERZEHRT DURCH DIE ARBEIT FÜR DIE GEMEINDE

nach einem Leben des Dienstes:
Rastlos im Kampfe für die Freiheit,
standhaft in den Jahren der Ver-
folgung, Anwalt der Bedrängten,
selber gefangen und gefoltert, Aus-
gleich im Streit der Parteien, sach-
lich, gerecht, sozial.

Sein Leben: Opfer für andere.
Sein Tod: Verpflichtung für uns.
1956

ZWEI GRABINSCHRIFTEN VON VIELEN

HERMANN EHLERS

Erster Präsident
des Deutschen Bundestages,
zu Großem geboren,
gestorben als 50jähriger:
unersetzlicher Verlust.
Scharf im Denken, klar im Wort,
ein Vorbild vielen
als Lenker und Leiter,
mutig und milde,
tätig als Christ.

DAHINGERAFFT DURCH BÜRDEN DES AMTES

Lebendig in den Herzen
der Menschen.
Sein Geist ist Vermächtnis denen,
die folgen.
1954

IM DIENSTE VON STAAT UND VOLK

Der Wiederaufbau der Bundesrepublik nach 1949 hat Abgeordneten, Regierungsmit-
gliedern, Bürgermeistern, Beamten und allen Menschen, die mit dem Gemeinwohl zu
tun haben, viel Kraft abverlangt. Viele haben sich mehr zugemutet, als ein Mensch
vermag.

Das erste Dokument veranschaulicht »Zwei Grabinschriften von vielen«. Der Text dieser Grabinschriften ist in zwei Rahmen abgedruckt, die graphisch die Form einer Grabplatte nachzuahmen scheinen. Ergänzt wird dieses im Buch dokumentierte Material durch einen kommentierenden Text unterhalb der Kästen. Diese präsentieren also die Beispiele als »zwei [...] von vielen«, d.h. es gibt weitere-ähnliche Grabinschriften. Insofern sind diese in Stein gemeißelten Summen des Lebens von Walter Kolb und Hermann Ehlers nicht singulär, aber auch nicht x-beliebig.

Diese Unbestimmtheit des Verhältnisses der Toten zu den »anderen«, die in dem Wort viele enthalten ist, zieht sich durch den Text der Grabinschrift Kolbs, des Frankfurter Oberbürgermeisters der Nachkriegszeit. Sein Leben wird unter Rekurs auf die historischen Etappen der deutschen Geschichte, in denen er politisch gewirkt hat,

rekapituliert. Diese Etappen werden dabei nicht klar benannt. Vorausgesetzt wird demnach, dass die Lesenden das Angedeutete historisch verorten können. Zwar ist dies eine lösbare Aufgabe, denn schließlich steht das Sterbejahr »1956« am Ende der Inschrift, der zudem entnommen werden kann, dass Kolb mit 54 Jahren gestorben ist. Die Vagheit der historischen Angaben ist dennoch bemerkenswert, denn sie impliziert mehr als einen geteilten Verstehenshorizont. So setzt etwa die Formulierung »in zehn Jahren des Aufbaus« voraus, dass unter *dem* Aufbau die Zeit im Anschluss an den zweiten Weltkrieg gemeint ist, und knüpft zudem an die Vorstellung von Aufbau als notwendigem Neuanfang an, als gemeinsame, nationale Aufgabe, die jenseits politischer Differenzen lag. Damit beruft sich der Text auf eine notwendig unkritische Deutung dieser Phase der BRD: Durch den Aufbau sei unbestreitbar die Grundlage des ökonomischen wie politischen Überlebens gesichert worden. Dass dieses Weiterleben unter gesetzten, unhinterfragten politischen Systemvorgaben organisiert wurde, bleibt unreflektiert. Neben der Verstehensgemeinschaft wird somit auch auf die normative Gemeinschaft »der Deutschen« rekurriert.

Um deren Zusammenhalt nicht zu erschüttern, wird die deutsche Geschichte an keiner Stelle beim Namen genannt. So heißt es über Kolb weiter: »Rastlos im Kampfe für *die Freiheit*, standhaft in den Jahren *der Verfolgung*, *Anwalt der Bedrängten*« [Hervorhebungen von mir; d.V.] usw. Für welche Freiheit er gekämpft hat, wer wen wann warum verfolgt hat, wer von wem bedrängt wurde, bleibt unausgesprochen. Als Grund für die Zurückhaltung mag angeführt werden, dass mehr Klarheit im Rahmen einer Grabinschrift und damit einer Textsorte, die den Verstorbenen ehren und das wohlwollende Angedenken der Lebenden anleiten soll, unangemessen sei. Entscheidend ist, dass dieses Aussparen die Botschaft des Gedenktextes prägt. Die Grabinschrift lässt die Lesenden im Unklaren etwa darüber, ob die »Jahre[...] der Verfolgung« allein Kolb betrafen, ob er wie viele andere auch verfolgt wurde oder ob andere, aber nicht Kolb Opfer von Verfolgung waren. Dass er der »Anwalt der Bedrängten« war, erweckt den Eindruck, er habe sich, im juristisch-professionellen Sinn oder als engagierter Bürger, für andere eingesetzt, sei aber selbst nicht bedrängt gewesen. Zwar lässt sich nicht ausschließen, Kolb sei von Anfang an auch Opfer der Verfolger gewesen, aber die anschließende Formulierung »selber gefangen und gefoltert« schwächt diese Deutung, denn mit dem »selber« wird die Tatsache, dass ausgerechnet er zum Opfer wurde, betont. Nahe gelegt wird so, dass Kolb wegen seines Einsatzes für die »Bedrängten« zum Opfer geworden sei. Die Grabinschrift provoziert damit den Eindruck, Kolb sei mit seiner Solidarität mit den »Bedrängten« das Risiko eingegangen, wegen seiner Überzeugung angegriffen zu werden. Es drängt sich so das Bild des Märtyrers auf. Durch diese Entrückung Kolbs unterstellt der Text ein prekäres Verhältnis zu den anderen, die nicht »Bedrängte[...]« waren: Diese waren entweder Verfolger oder nicht so »standhaft« wie Kolb. Denn es wäre unplausibel, Kolb als sich aufopfernden »Anwalt« darzustellen, wenn sein Einsatz keine Ausnahme, wenn er einer unter vielen Fürsprechern war. Das Nachzeichnen von Kolbs altruistischer Karriere enthält so zugleich eine Anklage der vielen, die nicht »standhaft« waren.

Diese moralische Anklage beschönigt den Nationalsozialismus zweifach. Zum einen wird er zu einer rationalen rechtsstaatlichen Ordnung erklärt, denn die Vorstellung, den Schutz der »Bedrängten« könne ein »Anwalt« leisten, unterstellt so etwas

wie ein System des Rechts, d.h. verlässliche Prozeduren staatlicher Machtausübung, die Willkür ausschließen, und unterstellt zugleich, das Recht habe sich als Instrument des Schutzes der »Bedrängten« einsetzen lassen. Zum anderen wird der Nationalsozialismus zu einer politischen Ära stilisiert, die die Beherrschten in Versuchung führte, d.h. sie vor die moralische Aufgabe stellte, an ihren Normen festzuhalten, die der Nationalsozialismus unterbot. Zwischen dem politischen Willen des Volkes und der Führung wird so pauschal unterschieden und die Bevölkerung umstandslos zum Opfer erklärt. Nur wenn dies zugestanden wird, kann sie der moralischen Prüfung lediglich weniger souverän standgehalten haben als Kolb.

Dieser starb »VERZEHRT DURCH DIE ARBEIT FÜR DIE GEMEINDE« und damit auch für diese Nicht-Standhaften, wie die Kernformulierung der Inschrift betont. Der Begriff der »Gemeinde« würdigt dabei Kolbs politisches Wirken als »sozial« und enthebt ihn damit jedes Zweifels, nach partikularen Interessen gehandelt zu haben; er vereint zudem die Menschen zu einer Gemeinschaft, die sie tatsächlich gar nicht sein können. Nicht nur deshalb, weil sich Kolb sonst gar nicht als Märtyrer hätte profilieren können, sondern vor allem, weil sein Einsatz anscheinend politisch nötig war. Dass »[s]ein Leben: Opfer für andere« war, unterstellt, dass diejenigen, denen er gedient hat, politisch unmündig waren und seiner erziehenden Hilfe bedurften. Zwischen Regierenden und Regierten wird ein quasi familiales Mündigkeitsgefälle etabliert: Kolb erscheint als guter Vater. Politik wird damit auf der Beziehungsebene verortet und pädagogisiert. Nur in diesem Sinn kann »[s]ein Tod: Verpflichtung für uns« sein. Der moralische Zeigefinger, der »uns« verpflichten will, lässt offen, worauf. Fraglich wird durch die Unterscheidung in »andere« und »uns« zudem, wer in der Schlussformel aufgefördert wird. Bin ich gemeint oder zähle ich zu den anderen, die zum Tode Kolbs (zumindest indirekt) beigetragen haben, müssen sich die Lesenden fragen. Gehören sie zur politischen Klasse, ist klar, dass sie sich als diejenigen verstehen, die Kolbs Verpflichtung entsprechen. Dass für alle anderen die Ungewissheit bleibt, kann als Indiz dafür gelten, dass sich die lebenden Politiker mit dem Text der Grabtafel selbst in Szene setzen. Die Verunsicherung des einfachen Volkes könnte nur dadurch beseitigt werden, dass Kolbs politischer Standpunkt inhaltlich gefasst und die deutsche Geschichte in ihrer Wirklichkeit benannt würde; das aber bleibt aus. So ist zugleich die Selbstinszenierung davor geschützt, brüchig zu werden.

Eine inhaltliche Uneindeutigkeit bestimmt auch den Text für den zweiten Frühverstorbenen, Hermann Ehlers. Dort heißt es: »Scharf im Denken, klar im Wort, / ein Vorbild vielen / als Lenker und Leiter, / mutig und milde, / tätig als Christ.« In diesen Versen geht es also um kognitive und begriffliche Fähigkeiten, um Managementqualitäten, die Charaktereigenschaften Mut und Sanftmut sowie um sein gelebtes Christentum, demnach nicht um eine politische Haltung im Sinne des Eintretens für bestimmte Interessen. Die Politik kommt lediglich als Todesursache vor: »DAHINGERAFFT DURCH DIE BÜRDEN DES AMTES«. Zu groß kann das Amt des Bundestagspräsidenten für Ehlers nicht gewesen sein, denn, so heißt es weiter oben, er war »zu Großem geboren«. Offenbar hat das politische Amt sein politisches Wirken mehr behindert als befördert. Und so schwingt, ob intendiert oder nicht, eine Kritik am politischen System bzw. am Staat mit: Der Bundestag erscheint als Bürde, die große Männer bei ihrem politischen Tun zermüht.

Die Bevölkerung jedenfalls trägt keine Mitschuld an Ehlers' Tod. Vielmehr ist seine Person ihr wohlwollend präsent, denn der Tote ist »[l]ebendig in den Herzen der Menschen.« Zu mehr werden die hinterbliebenen Deutschen nicht angehalten. Allein diejenigen von ihnen, die Ehlers zum Vorbild gewählt haben, kümmern sich um sein Erbe: »Sein Geist ist Vermächtnis denen, die folgen.« Unterstellt wird also, Ehlers habe etwas immateriell Wertvolles hinterlassen. Die Nachfolge wird so nicht nur legitimiert, sondern auch als der richtige Weg angepriesen. Anders als in der Inschrift an Kolbs Grab wollen die Verfasser hier aber niemanden erziehen: Auf die Nachfolge wird niemand verpflichtet. Die Scheidung zwischen dem »Herzen« und dem »Geist« wird als Grenze hingenommen. Quasi religiös versichert der Text den Nachfolgenden, in der Gemeinschaft mit dem Toten zu leben, und belässt zugleich die anderen in ihrer bloß emotionalen Verbundenheit. Durchgängig entpolitisiert die Grabinschrift Ehlers' Leben, indem sie es zu einem Leben im Glauben zuspitzt.

Der Kommentar, den die Schulbuchautoren unter diese Grabinschriften gesetzt haben, fasst die Summen beider Politikerleben unter die Überschrift: »IM DIENSTE VON STAAT UND VOLK«. Aufgegriffen wird damit die Deutung aus der Grabinschrift Kolbs, dass dieser nämlich der Gemeinde gedient habe. Hingegen wird mit der Ineinssetzung von »Staat und Volk« die Differenz zwischen Politik und Amt, die die Grabinschrift Ehlers' macht, geleugnet. In jedem Fall kann die Kontextualisierung der Inschriften als deren Verlängerung gelesen werden: Es geht den Autoren nicht um eine Analyse der Formen der Ehrung toter Politiker, wozu die Schülerinnen und Schüler zu einer Distanz zu den Dokumenten angehalten werden müssten; vielmehr wiederholt sich der Tenor der Grabinschriften und der Kommentar weist nicht einmal auf das für den Text über Kolb wesentliche Aussparen geschichtlicher Fakten hin.

Im Sinne dieser Gleichsetzung werden professionelle Politiker von den Autoren in eine Reihe gestellt mit »Beamten und allen Menschen, die mit dem Gemeinwohl zu tun haben«: Das »Gemeinwohl« wird so als Objekt und Ziel politischer Bemühungen vorgestellt. Dass die Verstorbenen sich dafür einsetzten, sagen sowohl Kolbs (»sachlich, gerecht, sozial«) als auch Ehlers' Grabinschrift, dem als tätiger »Christ« der Einsatz für das Wohl der Gemeinde schlecht bestritten werden kann. Indem der Kommentar diese Identifikation einer politischen Überzeugung mit der Orientierung am Gemeinwohl aufgreift, entpolitisiert auch er die Politiker und ihr Tun. Denn die Vorstellung eines Gemeinwohls ergibt sich erst aus der Abstraktion von den tatsächlichen politischen Interessengegensätzen und von der wirklichen Geschichte. Die Tatsache, von der die Grabinschrift Kolbs durch ihre Widersprüchlichkeit noch untergründig spricht, dass nämlich diese Konstruktion nicht von Bestand ist, ist im Kommentar getilgt.

Weil der Schulbuchtext Politik so vereindeutigt, kann er die Arbeit von Politikern, speziell zur Zeit des Aufbaus der BRD, physikalistisch deuten. Ähnlich wie Kolbs Tod auf das Aufgezehrt-Sein seiner Lebensenergie zurückgeführt wurde, erklärt der Kommentar politisches Handeln als bloßen »Kraft«-akt. Weil dieser Kampf von den Politikern für das Wohl anderer geführt wurde, gebühre ihnen deren Dank. Und in besonderem Maße denjenigen, die wie Kolb und Ehlers zuviel des Guten geleistet haben: »Viele haben sich mehr zugemutet, als ein Mensch vermag.« Wenn also

»ZWEI GRABINSCHRIFTEN VON VIELEN« abgedruckt werden, so enthält das die Botschaft, es gebe viele Menschen, die sich im Dienste am Gemeinwohl überfordert haben. Damit unterbietet der Kommentar die Stilisierung Kolbs zu einem Märtyrer, er wird zu einem Märtyrer unter vielen, und wendet die untergründige Kritik der Inschrift für Ehlers, sein Amt sei sein Kreuz gewesen, zu einem bewundernden Tadel seiner selbst: Es sei die persönliche Entscheidung dieser Männer gewesen, sich politisch für den Wiederaufbau einzusetzen; die Tatsache, dass sie diese Aufgabe maßlos erfüllt haben, sich überanstrengten und dabei aufopferten, sei, so die Aussage des Kommentars, Grund genug, ihnen persönlich dankbar zu sein. Politik wird so auf die Beziehungsebene verlagert, sie erscheint als Fürsorge regierender oder sonst wie politisch tätiger »Menschen« für andere »Menschen«.

Aus heutiger Sicht muten die Grabinschriften wegen ihres Pathos antiquiert an. Sie stehen für eine Bewunderung der politischen Elite, zu der heute kaum jemand mehr bereit ist, außer vielleicht sie selbst. Nicht auszuschließen ist, dass sich die politische Klasse auch heute noch so oder zumindest ähnlich verewigte. Dass solche Dokumente aber in aktuellen Schulbüchern das Bild des Politikers veranschaulichen sollen, scheint ausgeschlossen. Sowohl die Bevölkerung als auch die politische Bildung haben sich von dieser Verdopplung der Heldenverehrung emanzipiert: Sie gilt als unkritisch. Statt den Politikern naiv eine Orientierung am Gemeinwohl zu unterstellen, zählt es nun zu den Aufgaben mündiger Bürger, auf die Verstrickungen der Politiker in das Machtspiel zu achten und Fehlverhalten durch Vertrauensentzug zu ahnden.

Auch wenn zu erwarten ist, dass sich in der Zwischenzeit ein kritisches Verbrauchertum herausgebildet hat, darf dennoch nicht vorschnell geschlossen werden, diese Form der Kontrolle geschehe sachlich. Der Umgang mit der Person des Politikers, wie er sich in neueren Schulbüchern findet, ist auf seinen politischen Sinn erst noch zu prüfen. Dies geschieht beispielhaft am zweiten, von 1997 stammenden Dokument.

III GENERATION GRÜN

Auch das zweite Dokument präsentiert ein Material, zeigt das aber nicht nur durch graphische Gestaltung an, sondern benennt es explizit als »Material 2« und gibt ihm die Überschrift »Im »Raumschiff Bonn« ist keiner jünger als Matthias Berninger«. Die Autoren greifen damit eine Formulierung des Grünen Bundestagsabgeordneten aus dem wieder abgedruckten Interview in *jetzt* auf, dem Jugendmagazin der SZ. Dort antwortet er nämlich auf die Frage »Wie reagieren Freunde auf deine Wahl?« mit: »Ich hoffe, dass sie mich weiterhin unterstützen. Das ist sehr wichtig, denn ansonsten droht man im »Raumschiff Bonn« abzuheben.«

Diese Frage des *jetzt*-Interviewers zielt, wie zwei weitere Fragen auch, auf die Person Berningers. Das Interesse gilt seinem »sozialen Umfeld«, das, so die Annahme des Fragenden, wesentlich durch Freundschaften bestimmt sei. Dass nicht nach der Haltung der Familie oder der Ehefrau gefragt wird, stellt die Jugendlichkeit Bernin-

MATERIAL 2

Im „Raumschiff Bonn“ ist keiner jünger als Matthias Berninger



Matthias Berninger, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen seit 1990, wurde am 16. 10. 1994 mit 23 Jahren in den Deutschen Bundestag gewählt. Berninger studierte Chemie und Politikwissenschaft für

das Lehramt an höheren Schulen. Er hat sich inzwischen besonders für eine Reform der Studien- und Ausbildungsförderung eingesetzt.

Wann hast du dich entschlossen, Politiker zu werden? *

(...) Das fing mit ganz kleinen Sachen an. An der Schule habe ich mich mit dem Hausmeister wegen des Verpackungsmülls herumgeschlagen. Milch in Pfandflaschen und so. Und parallel habe ich mich gegen den Bau einer neuen Kreisstraße engagiert. So bin ich zu einer Bürgerinitiative gestoßen, und da waren auch viele Grüne. (...)

Wie reagieren Freunde auf deine Wahl?

Ich hoffe, dass sie mich alle weiterhin unterstützen. Das ist sehr wichtig, denn ansonsten droht man im „Raumschiff Bonn“ abzuheben. (...)

Wie wird dein Leben in Zukunft aussehen?

In der Regel so, dass ich von Dienstag bis Donnerstag in Bonn bin, und den Rest der Zeit hier in

Kassel. Ich möchte auch sehr viel rumreisen und mit jungen Leuten sprechen, denn ich kann sie schlecht im Bundestag vertreten, wenn ich nicht dauernd mit ihnen in Kontakt bleibe.

Du bekommst ziemlich viel Abgeordneten-gehalt ...

Ja, das sind über 10 000 Mark so genannte Diäten, und dann kriegt man noch eine steuerfreie Kostenpauschale von 6000 Mark, um so etwas wie ein Abgeordnetenbüro zu unterhalten und so weiter. (...)

Hast du schon eine Idee, zu welchem Thema du dich im Bundestag zu Wort melden wirst?

(...) Meine Themen werden die Umwelt sein und natürlich die Jugendpolitik. Der Großteil der Politik wird zur Zeit nicht aus der Sicht der jungen Generation gemacht. Das erkennt man daran, dass in diesem Land eine ökologische Zerstörung zugelassen wird, die kommenden Generationen die Perspektiven raubt. (...) Ein weiteres wichtiges Thema wird daher die Diskussion über das Wahlalter sein. Muss es bei 18 bleiben oder kann es auf 16 Jahre gesenkt werden? Ich bin dafür, es zu senken.

In welchen Ausschüssen sitzt du?

Ich bin Mitglied im Sportausschuss und im Ausschuss für Jugend, Senioren und Familie. (...)

(aus: jetzt. Das Jugendmagazin der Süddeutschen Zeitung Nr. 49 vom 5. 12. 1994, S. 14)

1. Entwickelt einen Kriterienkatalog, der eurer Meinung nach für die Auswahl von Kandidaten angewendet werden sollte. Stellt fest, welche Kriterien Matthias Berninger (Mat. 2) bzw. die vier Bewerber für den Landtag (Mat. 1) erfüllen.
2. Beschreibt den politischen Weg des Abgeordneten Berninger und die Aufgaben, die er als Politiker anpacken will (Mat. 2).
3. „Der Bestand der Demokratie im Staat hängt ab von der Pflege der Demokratie in den Parteien.“ Diskutiert diese These des Politologen Ernst Fraenkel vor dem Hintergrund der Kandidatenaufstellung für Partei- und Parlamentsämter (S. 138).
4. Es gibt Stimmen, die davor warnen, das traditionelle Gerüst der innerparteilichen Demokratie, nämlich das Delegiertenprinzip, durch „Urwahlen“ zu stark in den Hintergrund zu drängen. Nehmt Stellung zu diesen Bedenken.
5. Erkundigt euch bei den Parteien in eurer Stadt bzw. Gemeinde nach Organisation, Verlauf und Ergebnis der Kandidatenaufstellung für die letzte Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahl. Bereitet zum Thema Kandidatenaufstellung ein Konzept für ein Gespräch mit Vertretern der Ratsfraktionen in eurer Stadt bzw. Gemeinde vor.

gers heraus: Mit 23 Jahren ist er kein Kind mehr, aber auch noch nicht fürs Leben gebunden und man nimmt an, er verstehe sich selbst genauso als Teil einer *peer group*, wie die potenziellen Leserinnen und Leser des *jetzt* es tun. Auch das

Duzen Berningers durch den Interviewer zeigt an, dass er als jemand befragt wird, der noch jenseits des konventionellen Erwachsenenstatus ist.

Im Hinblick auf das transportierte Politikverständnis ist an der Antwort Berningers auf die oben zitierte Frage interessant, dass er sie doppelt unterläuft. Er spricht nicht von konkreten Reaktionen seiner Freunde, sondern formuliert nur seine eigenen Hoffnungen auf den Fortbestand der Freundschaften: »Ich hoffe, dass sie mich alle weiterhin unterstützen.« Gefragt wurde aber gerade, ob, und wenn ja: wie, sich bestehende Freundschaften durch seinen Einzug in den Bundestag verändern. Statt einer Antwort liefert Berninger zunächst eine Floskel, die am Sinn der Frage vorbeigeht und gleichzeitig dieses Ausweichen kaschieren soll, denn er leitet so zu einer Darstellung seines politischen Selbstverständnisses über: Er sei auf die Unterstützung durch seine Freunde angewiesen, weil er sonst »im ›Raumschiff Bonn‹ abzuheben« drohe. Den Bundestag stellt Berninger damit als einen entrückten Ort dar, der losgelöst von der Erde durch den Weltraum schwebt. Für die Abgeordneten bedeutet dies, dass sie, wie die Besatzung eines Raumschiffs, isoliert von den restlichen Menschen und im Schiff eingeschlossen sind, weil das sie umgebende Weltall für sie eine tödliche Umwelt darstellt; sie erscheinen zudem als eine gesellschaftliche Elite, denn die Metapher vom »Abheben« braucht die Differenz von Masse und Avantgarde und setzt so voraus, dass nicht alle die Basis Erde verlassen können, sondern nur die astronautische Funktionselite. Der Ort der Bundespolitik, bei der Berninger mitmischen will, bedrohe ihn ob seiner Exklusivität, so lässt sich diese Metapher deuten.

Diese Vorstellung liegt auch der folgenden Antwort zugrunde. Gefragt nach seinem »Leben«, liefert er wiederum routiniert eine Schilderung seines Arbeitslebens, das er unterscheidet in »Bonn« und den verbleibenden »Rest der Zeit«. Bonn bestimme sein politisches Tun paradox: Er wolle die »jungen Leute« vertreten und das könne er nur, wenn er »dauern mit ihnen in Kontakt bleibe«. Dies könne er aber nur in der Zeit, die er nicht in Bonn verbringe. In diesem Sinn lasse ihn die Vertretung selber, der Bundestag, diesen Kontakt verlieren und verunmögliche so sein bürgernahes Wirken.

Dass ihn das System der politischen Vertretung politisch nicht nur in gewisser Weise behindert, sondern ihm auch äußerlich bleibt, zeigt er durch seine Distanz zu der Art der Bezahlung, den »so genannten Diäten«, und zu den mit seinem Status als MdB verbundenen organisatorischen Angelegenheiten »wie ein Abgeordnetenbüro [...] und so weiter«. Zudem durch seine Offenheit, mit der er Zahlen über die Höhe der Zuwendungen nennt. Dieses Selbstverständnis Berningers als Außenseiter im Bundestag hat aber nichts mit dem parlamentarischen Abgeordnetensystem an sich oder dessen Blüten zu tun. Der Grund liegt in seiner inhaltlichen Vorstellung von Politik. Die politische Auseinandersetzung versteht er als Generationenkonflikt: »Der Großteil der Politik wird zur Zeit nicht aus der Sicht der jungen Generation gemacht.« Mit dem Ausdruck »junge[...] Generation« vereinheitlicht er eine bestimmte Gruppe Menschen nach dem Kriterium Alter zu einer politisch homogenen Gemeinschaft. So kann es ihm als aussichtsreiche Strategie erscheinen, sich für eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre einzusetzen. Das Gewicht der »jungen Leute[...]« würde so gestärkt. Diesen schlägt er sich zu und erklärt sich zugleich als deren prädestinierter Vertreter, denn in Bonn ist ja »keiner jünger als Matthias Berninger«.

Folglich, so seine Sicht, kümmert sich auch kaum jemand außer ihm um die »Perspektiven« der »kommenden Generationen«. Er unterstellt, dass die Entscheidung für ökologische Politik eine Frage des Alters sei. In diesem Sinn erscheint seine bisherige politische Laufbahn geradezu als logisch konsequent: Schon als Schüler habe er sich für Pfandflaschenmilch und gegen Verpackungsmüll eingesetzt – gegen den »Hausmeister«, der als Erwachsener zu den verantwortungslosen Zukunftsvernichtern gehörte.

Wenn Berninger den jugendlichen Leserinnen und Lesern von *jetzt* signalisieren möchte, dass sich die »Jungen« erstens um ihre Zukunft selbst kümmern müssen, weil es nicht im Interesse der »Alten« liege, ihnen eine Perspektive zu sichern, und dass die Jugendlichen das zweitens im Kleinen selbst besorgen und im Großen auf ihn als ihren Vertreter im Bundestag zählen können, manövriert er sich, wohl ungewollt, in eine Position nur bedingter Glaubwürdigkeit. Denn es stellt sich so die Frage, wann Matthias Berninger so erwachsen geworden ist, seine jetzigen politischen Ideale abzulegen. Oder schwächer formuliert, wann er alt genug ist, sich für die Interessen der ihm nachwachsenden Generation taub zu stellen.

Im Rahmen der Frage nach dem politischen Sinn dieser Darstellung eines Politikers in einem Schulbuch ist zunächst die Auswahl interessant. Vorgestellt wird ein schon vermittelter Text, ein Interview.¹ Das *jetzt* bot Berninger Raum, sich an die jugendlichen Kinder der SZ-Leserinnen und -Leser zu wenden. Unschwer erkennt man die Absicht der Zeitung, den heranwachsenden potenziellen Abonnenten die Themen, die die SZ behandelt, auf speziell junge Art nahe zu bringen. Nur wenn ihnen klargemacht werden kann, dass Berninger und andere Politiker ihnen etwas zu sagen haben, werden auch sie Kunden von Tageszeitungen werden. Weil also das Interesse der SZ über die Wertschätzung von Politik vermittelt ist, betreibt sie einmal die Woche mit ihrer Beilage politische Bildung.

Altersmäßig passt ihre Zielgruppe zu der des Sekundarstufe 1-Schulbuches. Insofern ist es denkbar, dass das Schulbuch an die Strategie des Magazins anknüpft, die Schülerinnen und Schüler nicht mit Texten für Erwachsene zu konfrontieren. Dies kann ein Anbiedern bedeuten, nämlich wenn das, dessen Beliebtheit unterstellt wird, bei den Adressaten auf wenig Gegenliebe stößt. Möglich ist aber auch, dass intendiert ist, das Jugendmagazin vorzuführen, etwa in dem Sinn, dass der Werbecharakter der Beilage aufgedeckt werden soll. Zu klären ist deshalb, welchen Stellenwert der *jetzt*-Auszug im didaktischen Setting hat.

Das untersuchte »Material 2« ist Teil einer Doppelseiten-Einheit zum Thema »Parteiendemokratie«. Die fett gedruckten Schlagworte des einleitenden Textes lauten: »Parteien« und »Parteienverdrossenheit« resp. »Politikmüdigkeit«. Die Parteien seien darum bemüht, sich als Instrument der »politischen Willensbildung« wiederzubeleben, indem sie an ihrer innerparteilichen Demokratie arbeiteten. »Material 1« berichtet in diesem Zusammenhang von der Urwahl eines Landtagskandidaten durch Mitglieder der CDU. Diese bestätigte, entgegen der vermeintlichen Hoffnung, durch mehr innerparteiliche Demokratie Außenstehenden oder Quereinsteigern Zugang zu politischen Ämtern zu eröffnen, lediglich schon etablierte Politiker. Dieser didaktische Kontext fokussiert das Interesse an Berningers Interview auf seine Kandidaten-

schaft und die Frage, ob er ein anderer Typ Politiker sei als die meisten. In der ersten von fünf zur Lehrbucheinheit gehörenden Aufgaben sollen die Schülerinnen und Schüler folglich Kriterien für die Auswahl von Kandidaten für politische Ämter benennen und mit Hilfe dieser Kriterien die Eignung von Berninger und den CDU-Kandidaten beurteilen.

Von den CDU-Kandidaten – sie sind alle jenseits der 40 – unterscheidet er sich vor allem durch sein Alter von 23 Jahren, zumindest wenn man der Gewichtung der Überschrift über »Material 2« folgt, die seine Jugend als das Wesentliche hervorhebt. Offensichtlich soll diese Arbeitseinheit des Schulbuches zur Diskussion darüber anleiten, ob das Alter bzw. die damit verknüpfte »Lebenserfahrung« ein Kriterium der Eignung von Kandidaten sein kann: Soll durch die Form der Kandidatenauswahl erreicht werden, dass sich »alte Hasen« weiterhin bewähren können oder dass junge Leute eine Chance bekommen?

Augenscheinlich hat sich Berninger seine Kandidatur nicht durch langjährige Arbeit für die Partei verdienen müssen. Zwar bleibt im Interview ungeklärt, ob die Strukturen seiner Partei ggf. gepaart mit mangelnder Konkurrenz anderer Interessierter ihm zu seinem frühen Einzug in den Bundestag verholfen haben, ob es zur Strategie der Grünen gehört, gerade junge Mitglieder nach Bonn zu schicken, oder ob Berninger ein besonders dynamischer Karrierist ist. Insofern gibt »Material 2« nicht direkt Aufschluss darüber, wie die Beteiligung Jüngerer innerparteilich gefördert werden kann. Eher noch hält es der zugrunde liegenden These von der »Politikmüdigkeit« den gegenteiligen Fall eines von klein auf politisch Aktiven entgegen. Relevant wird mithin, was den Statements Berningers zu diesem Thema entnommen werden kann. »Politikmüdigkeit« könne seines Erachtens nur vermieden werden, wenn jungen Politikern der Weg in den Bundestag erleichtert werde. Wenn im Parlament weiterhin größtenteils alte Politiker vertreten seien, werde alte Politik gemacht, d.h. solche, die die Perspektiven der jungen Generation nicht wahr. Die Jungen, so lässt sich folgern, fühlen sich dann zurecht nicht vertreten, ihr Desinteresse sei daher nicht verwunderlich.

Mit der Kombination der beiden Materialien und ihrer Einbettung in den Kontext »mangelndes Engagement in der Parteiendemokratie« wird die Frage nach der Einbindung junger Menschen in diese Demokratie aufgeworfen. Insofern wirbt das Schulbuch bei den Schülerinnen und Schülern darum, Vorschläge dafür zu machen, wie die bei ihnen unterstellte Parteienverdrossenheit durch die Agenturen der politischen Meinungsbildung am effektivsten behoben werden könnte. So wird das befürchtete Legitimationsdefizit der Parteien und des »Raumschiff[es] Bonn« pädagogisch zu bearbeiten versucht. Indem es dementsprechend allein um das Engagement für die *Parteiendemokratie* geht, bleiben alle politischen Differenzen ausgespart. Sinn macht im Rahmen dieser Fragestellung das Zitat des *jetzt*-Interviews, weil die Autoren des Schulbuches das gleiche Interesse verfolgen wie die Redakteure des *jetzt*. Beide sind Streiter gegen »Politikmüdigkeit«. Symptomatisch dafür, dass es darum geht, das Vertrauen in das politische System zu stärken, ist, dass Berninger mit seiner Äußerung zitiert wird, die ökologische Schädlichkeit unseres Wirtschaftens sei politisch nur wegen der Unterrepräsentanz junger Politiker im Bundestag möglich. Mit seiner Erklärung der politischen Meinung zur Generationenfrage regt Berninger

keine Diskussion um konkrete politische Fragen oder Ziele an, sondern fordert lediglich die paritätische Besetzung politischer Posten. Politik wird dementsprechend zur Personalfrage. Damit liefert er zugleich eine Antwort auf die Frage der Akteure der politischen Bildung, wie das restliche Personal bei der Stange gehalten werden kann.

IV

POLITISCHE BILDUNG ALS PÄDAGOGISIERUNG VON POLITIK

Mit Blick auf die Ausgangsfrage, welches Politikverständnis den Dokumenten aus dem Politikunterricht entnommen werden kann, sollen die Ergebnisse der beiden Fallanalysen nun verglichen werden.

In Dokument 1, aus *Fragen – Urteilen – Handeln. Orientierungshilfen zur politischen Bildung für Berufs- und Fachschüler* von 1964,² erscheint Politik als Fürsorgeverhältnis. Denjenigen, die die politische Arbeit für »uns« tun, seien wir Dank schuldig. So werden gleichzeitig die Regierten vergemeinschaftet. Diese unkritische Haltung gegenüber der westdeutschen Nachkriegspolitik und der Phase »des Aufbaus« lässt sich als Umkehrung des Vorwurfs der Kollektivschuld erklären. Dieser gemahnt daran, dass sich niemand zum Nationalsozialismus nicht verhalten konnte, mithin jeder verstrickt war; er nivelliert zudem die unterschiedlichen Formen der Beteiligung zu einer einzigen Schuldhaftigkeit. Somit kann und will der pädagogisch gemeinte Aufruf zur Reue die je individuelle Schuld gar nicht in den Blick nehmen. Statt Reue zeigten die Deutschen mehrheitlich Fleiß: Mit dem gemeinsamen Aufbau Deutschlands haben sie den Schuldvorwurf und das eigene Erleben der NS-Zeit praktisch weggearbeitet. Die Aufbauleistung erscheint gleichsam als Kollektivverdienst. Verdienst ist jedoch, wie Schuld, ein moralischer Begriff, der eine politische Analyse der deutschen Geschichte und Gegenwart erschwert. Die tatsächliche Geschichte und die in ihr manifesten politischen Interessen müssen außen vor bleiben, weil ihre Thematisierung offen legte, dass »die Gemeinschaft der Deutschen« eine höchst prekäre war und ist. Dass diese Konstruktion einer Gemeinschaft nicht aufgehen kann, zeigt die Widersprüchlichkeit der Grabplatte Kolbs. Diese Erkenntnis könnten die Schülerinnen und Schüler ihr abgewinnen; sie täten dies jedoch gegen die Intention des didaktischen Arrangements. Dieses hält sie zur Loyalität gegenüber den Männern an, die zum Wohle aller über die politischen Geschehnisse Deutschlands entscheiden.

Davon, dass es eine politische Gemeinschaft der Deutschen nicht gibt, spricht das Interview Berningers, das in *Mensch und Politik für die Sekundarstufe I* von 1997 abgedruckt ist. Er unterstellt einen Zusammenhang von Alter und politischer Überzeugung und formuliert damit den Vorwurf einer »Generationenschuld«: Die Wirtschaftswunderkinder haben die ökologische Zerstörung mit zu verantworten. Indem sie diese betreiben oder fahrlässig zulassen, rauben sie den nachfolgenden Generationen die Lebenschancen. Politik wird von Berninger präsentiert als Medium, den (unterstellten) Generationenkonflikt auszuagieren.

Dass die Schulbuchautoren diese Deutung Berningers im Rahmen der Diskussion über mangelndes politisches Engagement gerade der jungen Bürger wiedergeben, zeigt, dass sie die Schülerinnen und Schüler für eine Diskussion seiner Sicht des Ver-

hältnisses von Jugend und Politik gewinnen möchten. Auch wenn offen bleibt, ob die Schulbuchautoren Berningers Betonung der Wichtigkeit des Alters von Politikern teilen oder nicht, so unterstellt ihre Lehreinheit doch, dass es einen »Kriterienkatalog« für die Auswahl von Bewerbern für politische Ämter geben sollte. Da diese Kriterien personenbezogene Merkmale sein müssen, würde mit einem solchen Katalog die politische Auseinandersetzung von vornherein reglementiert, und zwar unabhängig von sachlichen Entscheidungen, die die zunächst zu Wählenden ja erst noch zu treffen haben. Politische Ziele und Standpunkte können in einem *allgemeinen* Katalog gar nicht berücksichtigt werden. Dessen ungeachtet wird die Hoffnung gestärkt, mittels durchdachter Kandidatenkür ließe sich bürgernahe Politik gewährleisten.

Zwischen 1964 und 1997 hat das Ansehen des politischen Geschäfts und seiner Akteure merklich gelitten. Nur so erklären sich die Empfehlungen zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie, die gesichert werden müsse, damit, so die Zuversicht der Schulbuchautoren, etwa die Parlamentarier auch tatsächlich das Volk vertreten. Diese Vertretung leistete der Politiker anno 1964 noch fraglos, zumindest wenn man der Darstellung der am »Gemeinwohl« Orientierten glaubt. Die väterlichen Politiker von damals erschienen als Einzelkämpfer, deren Handeln nicht durch das System, in dem sie agierten, beeinträchtigt oder gar vorbestimmt wurde.

Weil den Politikern diese Eigenständigkeit früher zugetraut wurde, stand ihre Persönlichkeit konsequenterweise im Zentrum des Interesses. Die Feierlichkeit, mit der die Toten und ihr politisches Tun jeder Kritik entrückt wurden, gründete auf der unterstellten Integrität der Personen der Politiker. Dass Berninger sich dagegen mit der Botschaft »Ich bin so wie du« präsentiert, verweist auf die Tatsache, dass Abgehobenheit heute als Indiz der Verselbständigung und nicht länger der unparteiischen Fürsorge gilt. Auch an dieser Veränderung in den Formen der Selbstdarstellung von Politikern, die in den Schulbüchern wiedergegeben werden, lässt sich demnach eine Tendenz der Ernüchterung ablesen: Heute muss der Politiker sich gegen die drohende Vereinnahmung durch das politische System profilieren. Dass diese Aufgabe wiederum über persönliche Merkmale wie Alter oder ein offenes Ohr für die »jungen Leute« zu lösen versucht wird, macht das Konstante dieser Veränderung in der Vermarktungsstrategie professioneller Politiker aus.

Die Politikerstrategie, sich der Nähe zum Bürger in der Absicht auszusetzen, so die Befähigung zur Interessenvertretung glaubhaft zu machen, wird vom neueren Schulbuch als Chance aufgegriffen, der »Parteienverdrossenheit« entgegenzuwirken. Für die Desinteressierten sollen Anreize geschaffen werden, sich für Politik an sich wieder zu interessieren. Das 97er-Schulbuch unterstützt so den Versuch der Wiederherstellung der Kundenzufriedenheit durch »basisdemokratische« Elemente wie bspw. Urwahlen. Davon, dass die so gekürten Entscheider dadurch nur zusätzliche Legitimation erfahren, spricht das Schulbuch nicht. Losgelöst von der Diskussion sachpolitischer Fragen soll die Unterstützung der Politik durch die junge Generation pädagogisch gesichert werden. Es sind letztlich die Schülerinnen und Schüler, die, entgegen Berningers Selbstverständnis, Kontakt zum politischen System halten sollen.

In beiden Dokumenten zeigen sich die Autoren der Schulbücher unfähig bzw. daran uninteressiert, politische Inhalte zu analysieren. Diese sind weder zum Danken

noch zum Kontakt-Halten gefragt. Erhöht hat sich der Aufwand, mit dem man die Identifikation der Schülerinnen und Schüler mit dem politischen System Parteiendemokratie glaubt sichern zu müssen. Angesichts des unpolitisch-politischen Geredes über Frisuren, Zigarren und andere Symbole des Lifestyle bestätigt die politische Bildung in ihrer Achtung der Politik, dass sie wie eh und je pädagogisch über die Wirklichkeit hinausschießt.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Auslassungen, die die Schulbuchautoren vornehmen, bleiben hier unberücksichtigt, da sich über deren Sinn nur dann etwas aussagen ließe, wenn das Ausgelassene bekannt wäre, was nicht der Fall ist.
- 2 Die erste Auflage dieses Buches von O. Monsheimer und W. Hilligen erschien 1962.